

Gemeinde Weißbach
Hohenlohekreis

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat der Gemeinderat am 15. April 2024 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 16. Februar 1989, geändert durch die Änderungssatzungen vom 14. Dezember 1998, vom 17. September 2007, vom 26. Januar 2009, vom 17. Dezember 2018 und vom 14. Dezember 2020 sowie durch die Euro-Anpassungs-Satzung vom 23. Juli 2001, beschlossen:

Artikel 1

§ 11 der Hauptsatzung wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 11 Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat übertragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheimzuhalten ist.
- (2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 - 2.1.) die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 15.000,00 € im Einzelfall;
 - 2.2.) die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 5.000,00 € im Einzelfall;
 - 2.3.) die Ernennung, Einstellung und Entlassung sowie sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Entgeltgruppen 1 bis 4 TVöD, sowie der Beschäftigten der Entgeltgruppen S 2 bis S 8a TVöD-SuE, Aushilfsbeschäftigten, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen;
 - 2.4.) die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie Unterstützungen und von Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der Richtlinien;

- 2.5.) die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen bis zu 1.000,00 € im Einzelfall;
- 2.6.) die Stundung von Forderungen im Einzelfall
 - 2.6.1.) bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe,
 - 2.6.2.) über 3 Monate bis zu 6 Monaten bis zu einem Betrag von 3.000,00 €;
- 2.7.) den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 1.000,00 € beträgt;
- 2.8.) die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert von bis zu 15.000,00 € im Einzelfall;
- 2.9.) Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 3.000 € im Einzelfall;
- 2.10.) die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 15.000 € im Einzelfall;
- 2.11.) die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt;
- 2.12.) die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat und in dessen Ausschüssen;
- 2.13.) die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz;
- 2.14.) die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde bei
 - 2.14.1.) der Zulassung von Ausnahmen von Festsetzungen eines Bebauungsplans (§ 31 Abs. 1 Baugesetzbuch),
 - 2.14.2.) verfahrensfreien Vorhaben (§ 50 Landesbauordnung), die gegen die Festsetzungen eines Bebauungsplans oder einer örtlichen Bauvorschrift verstoßen;
- 2.15.) sämtliche Aufgaben des Gemeindevorstands bei der Verwaltung der Jagdgenossenschaft Weißbach, mit Ausnahme der Entscheidungen über die Verpachtung und die Abrundung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks.

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens-oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von auf Grund der GemO erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Weißbach, den 15. April 2024

Rainer Züfle
Bürgermeister